Klimaschutz: Landwirtschaft hat Sonderrolle als Lebensmittelerzeuger

Klimaschutz: Landwirtschaft hat Sonderrolle als Lebensmittelerzeuger

DBV zum Europäischen Rat am 23./24. Oktober 2014 in Brüssel
Die deutsche Land- und Forstwirtschaft leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Sie hat ihre Emissionen von Lachgas und Methan zwischen 1990 und 2012 um rund 21 Prozent reduziert. Dieser Rückgang der landwirtschaftlichen Emissionen ist unter anderem auf Anpassungen und Verbesserungen der Effizienz in der Produktion zurückzuführen. Dies erklärte der Deutschen Bauernverband (DBV) zum Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 23./24. Oktober 2014 in Brüssel, der sich auf Leitplanken der künftigen EU-Klima- und Energiepolitik bis zum Jahr 2030 einigen will. Damit hat die Landwirtschaft seit 1990 die gleiche Senkung der Treibhausgasemissionen erreicht wie Deutschland insgesamt (24 Prozent).
Das Ziel, sich in der EU auf eine Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent (im Vergleich zu 1990) zu verständigen, ist aus Sicht des DBV jedoch sehr ambitioniert. Aus Sicht des Bauernverbands darf die Landwirtschaft nicht pauschalen Reduktionsverpflichtungen unterworfen oder in einen eigenen Rechtsrahmen für den Sektor einbezogen werden, weil sie als Lieferant von Lebensmitteln eine Sonderrolle einnimmt.
Der DBV betonte, dass die Landwirtschaft auch in Zukunft einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz leisten werde, indem Verbesserungen der Effizienz durch eine nachhaltige Intensivierung der Produktion realisiert und dadurch Treibhausgasemissionen reduziert würden.
Auf Ablehnung stößt beim DBV der Vorschlag der EU-Kommission, in das europäische Reduktionsziel bis 2030 CO2-Emissionen und CO2-Bindung aus Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) einzubeziehen. Wenn die CO2-Bindung erhöht werden soll - wie von der EU-Kommission vorgeschlagen - könnte dies eine Beschränkung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben. Zudem stände dies einer verstärkten Biomassenutzung diametral entgegen. Dabei kann die Land- und Forstwirtschaft durch verstärkte Nutzung von Biomasse einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung von Treibhausgasen anderer Sektoren leisten und Abhängigkeiten von Importen fossiler Energieträger reduzieren, stellte der DBV klar. Wer höhere Klimaschutzziele anstrebe, müsse die Bedeutung der Bioenergie berücksichtigen. Bioenergie und Biokraftstoffe seien im Vergleich zu anderen Energieträgern klimafreundlicher. Ferner sei sie für eine zukunftsfähige Energieversorgung innerhalb eines ausgewogenen Energiemixes unabdingbar.

Autor:
Deutscher Bauernverband
DBV-Pressestelle
Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon: 030 31904-239
Fax: 030 31904-431
Copyright: DBV
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=579012" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.